

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Fringsrecht monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.50. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
**Sprechstunde** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die halbspaltigen Zeilen mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 200.

Dresden, Freitag den 29. August 1913.

24. Jahrg.

An amtlicher Stelle in Berlin wird der Beschickung der „Emden“ bei Zulu keine Bedeutung beigelegt.

Zur Einweihung des Friedenspalastes im Haag feierte Carnegie die telegraphischen Fürsten als Friedensengel.

Bei einem Brand im Probierraum des Dampfers „Imperator“ kam der zweite Offizier ums Leben.

Nach einer New Yorker Witterungsmeldung nahm Huerta alle Forderungen des Präsidenten Wilson an.

unmittelbaren Einflusses der Steuern auf den Arbeitslohn aus. Der Marxismus hat uns aber gelehrt, den Erscheinungen bis auf ihren tiefen wirtschaftlichen Grund nachzugehen, sich immer wieder die Frage zu stellen, wie der Gang der wirtschaftlichen Entwicklung durch diese oder jene Maßnahme beeinflusst wird.

So ist es für die wirtschaftliche Entwicklung keineswegs gleichgültig, ob die Steuern unmittelbar aus den volkswirtschaftlichen Einkommensquellen oder mittelbar, indirekt aus diesen geschöpft werden. So ist es ferner von erheblichem Unterschied, aus welchen Teilen des Mehrwerts am meisten geschöpft wird, ob der Unternehmerprofit, die Grund- und Kartellrente oder der Zins am stärksten mit Abgaben belastet wird. Diese verschiedenen Teile des Mehrwerts spielen eine ganz verschiedene Rolle in der kapitalistischen Wirtschaft. Eine hohe Grundrente, ebenso wie eine hohe Kartellrente hemmen den wirtschaftlichen Fortschritt. Zum Teil übt auch ein hoher Zinsfuß die gleiche Wirkung aus. Diese Einkommensquellen können sehr wohl eine stärkere Belastung tragen, während die Schmälerung des Profits leicht den wirtschaftlichen Fortschritt aufhalten könnte. Diese Gesichtspunkte treten, wie mir scheint, in den Bürmischen Leitfäden nicht genügend hervor.

Heute gibt es keine bürgerliche Partei mehr, die den wirtschaftlichen Fortschritt rückwärts vertritt. Allein die Sozialdemokratie richtet ihr ganzes Tun so ein, daß die wirtschaftliche Entwicklung möglichst gefördert wird. Denn sie weiß, daß der allgemeine Fortschritt auch den Fortschritt zum Sozialismus bedeutet. Von diesem Standpunkt aus betrachtet sie auch die Steuerfragen. Wir fordern die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit nicht etwa aus allgemeinen ethischen Prinzipien — sondern weil das große Vermögen eine stärkere steuerliche Belastung leichter, das heißt mit geringeren wirtschaftlichen Schäden tragen kann, als das kleinere Vermögen. Wir fordern, daß die Steuern aus dem Mehrwert und nicht aus dem Arbeitslohn genommen werden sollen, weil die Lohnsteuern den wirtschaftlichen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse hemmen und dadurch auch den allgemeinen Fortschritt aufhalten. Wir sind gegen indirekte Steuern, d. h. gegen solche, die die Einkommensquellen auf Umwegen treffen, weil sie wirtschaftlich schädlich sind, wenn sie auch den Lohn nur wenig oder gar nicht berühren (so Leuchtmittelsteuer, Auto Steuern usw.). Noch mehr, wir sind auch gegen die Stempelsteuern, die zwar bloß den Profit belasten, die aber den wirtschaftlich notwendigen freien Austausch von Gütern erschweren. Wir müssen auch, wie schon gesagt, noch zwischen den einzelnen Steuerarten unterscheiden, die die einzelnen Teile des Mehrwerts belasten. Sind wir, wie Bürm richtig bemerkt, gegen die Umsatzsteuern, weil sie Handel und Verkehr erschweren, so müssen wir auch gegen eine Vermögenszuwachssteuer sein, sobald sie den Profit viel stärker belastet als die Grundrente. Wir dürfen den jetzt eingetretenen Prozeß der steigenden Grundrente nicht noch weiter fördern. Dadurch schädigen wir die industrielle Entwicklung und stärken politisch die Agrarier, die unsere aller schlimmsten Feinde sind.

Gegen die Leitfäden des Genossen Bürm zieht Genosse F. Geyer in der Leipziger Volkszeitung heftig zu Felde. Er findet in diesen Leitfäden des Redakteurs der Neuen Zeit nichts weniger als eine Verballhornung des Parteiprogramms. Genosse Geyer wendet sich hauptsächlich gegen die Sätze der Bürmischen Resolution, die besagen, daß die Sozialdemokratie für direkte Steuern eintreten soll, falls deren Ablehnung eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde. Er sagt dazu:

„Diese Anweisung für die Bewilligung direkter Steuern steht im größten Widerspruch zu dem Satze der Resolution, der lautet: „In gleicher Weise ist auch jede direkte Steuer, selbst wenn sie allein den Mehrwert trifft, von unseren Genossen abzulehnen, falls der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht.“

Angesichts dieses Grundes, es braucht man wohl nur die Frage aufzuwerfen, was den Interessen der Arbeiterklasse mehr widerspricht: Indirekte Steuern oder die Stärkung des Militarismus, um sofort die richtige Antwort zu finden. In Deutschland sind die indirekten Steuern hauptsächlich eine Folge des Militarismus, der ungewissheit das größere Übel ist, das den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht und sie unstrittig viel schwerer trifft als selbst indirekte Steuern.

Schon aus diesen kurz hier angeführten Gründen ist der Lept- abgeirante, hier besprochene Teil der Resolution als völlig im Widerspruch mit unseren programmatischen Forderungen und demnach als unannehmbar zu bezeichnen.“

Die Leipziger Volkszeitung selbst erwidert auf die Ausführungen des Genossen Geyer:

„Die scharfe Kritik, die Genosse Geyer an der Resolution des Genossen Bürm übt, trifft unseres Erachtens nicht ins Ziel. ... Zum Kernpunkt kommt es, wo er die Frage stellt, was den Interessen der Arbeiterklasse mehr widerspricht: indirekte Steuern oder die Stärkung des Militarismus. Hier deckt er die Schwäche seines Standpunktes voll auf. Denn diese Fragestellung ist im Grunde verfehlt. Die Partei bezog die Resolution hatte und hat ja gar nicht zu wählen zwischen indirekten Steuern oder Stärkung des Militarismus. Sondern die Frage lautet und lautet doch: Stärkung des Militarismus und indirekte Steuern, oder Stärkung des Militarismus ohne indirekte Steuern? Die Militärvorlage war demnach, als die Ablehnung über die Deckungsvorlage erfolgte. Und wer das Wesen der bürgerlichen Parteien Deutschlands kennt, weiß, daß ein anderes

Ergebnis nicht möglich war, daß die Sozialdemokratie in ihrer entschiedenen Verurteilung und selbstverständlichen grundsätzlichen Ablehnung der Militärvorlage allein bleiben mußte. Die Sozialdemokratie konnte als Minderheit die Stärkung des Militarismus nicht verhindern, sie konnte aber verhindern, daß der Arbeiterklasse aus diesem Anlaß neue Lasten aufgeladen wurden, und das zu verhindern war ihre gebieterische Pflicht.“

Genosse Südekum, der als Korreferent neben dem Genossen Bürm auf dem Parteitage über die Steuerfrage sprach, teilt der Leipz. Volksz. mit, daß er weitere Leitfäden oder eine Resolution nicht vorzuschlagen habe. Wir haben auch nicht angenommen, daß Südekum Anlaß habe, zu Bürms Leitfäden noch seinerseits Gegenvorschläge zu machen. Nach unserer Auffassung ist Bürms Resolution zur Steuerfrage — abgesehen etwa von nebensächlichen Einzelheiten redaktioneller Art — eine genügende und gute Grundlage für die Besprechung der Frage auf dem Parteitage. Wir glauben auch, daß sich die übergroße Mehrheit des Parteitages auf die Hauptgedanken der Bürmischen Leitfäden und Resolution wird vereinigen können. Die Aufgabe Südekums dürfte nur sein, die schon bekannten Gründe für die Haltung der Fraktion zu den Besteuerungen nochmals zusammenfassend darzulegen. (Schluß folgt.)

## Her mit der Arbeitslosenversicherung!

Es gibt zwei Wege, um die dringend notwendige Reichs-arbeitslosenversicherung des Reichs wegen schnell zu erreichen. Entweder der Reichskanzler muß, dem Druck der öffentlichen Meinung folgend, einen Entwurf zur Reichsversicherung der Arbeitslosen vorlegen, oder aber es muß gelingen, eine starke Arbeitsmehrheit im Reichstag zu schaffen, die sich über das zu erreichende Ziel verständigt.

Der erste dieser beiden Wege ist natürlich der einfachere und glattere. Die Regierung muß selbst mit einem Entwurf herantreten. Den kann der Reichstag seinen Wünschen entsprechend abändern, oder die geregelte, erfolgversprechende Beratung des Gegenstandes ist damit gesichert. Bis zum 20. November hat das Reichsamt des Innern reichlich Zeit. An Material — englischen Regierungsberichten, deutschen Kommunalentscheidungen und Veröffentlichungen der Gewerkschaften — fehlt es nicht. Morgen kann der Reichskanzler (wenn er nicht „Widrigeres“ zu tun hat) eine Kommission von Hochleuten aus Magistraten, Handelskammern und Gewerkschaftsleitungen einberufen, er kann sich mit den Vertretern der einzelnen Fraktionen verständigen, und am 20. November kann der fertige Entwurf auf dem Tisch des Hauses liegen. Daß dann dahinter tüchtig Dampf gemacht wird, dafür würde die sozialdemokratische Fraktion schon sorgen.

Erscheinen der Reichskanzler und der Staatssekretär des Innern mit leeren Händen vor dem Reichstag, dann werden sie die schwersten Vorwürfe über sich ergehen lassen müssen. Und es wird ihnen nicht gelingen, sich von der sozialdemokratischen Anklage zu reinigen, daß sie aus Passivität oder aus Furcht vor den Feinden der Sozialpolitik ihre Pflicht gegenüber der deutschen Volksgemeinschaft aufs schwerste vernachlässigt haben.

Bringt die Regierung keinen Entwurf ein, so bleibt dann nur noch der Weg der parlamentarischen Vereinbarung offen. Auch er kann beschritten werden, wenn es den bürgerlichen Parteien nicht an gutem Willen dazu fehlt. Und da wird es wieder die Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion sein, vor aller Welt mit einwandfreier Klarheit festzustellen, ob dieser gute Wille auch wirklich vorhanden ist. Billeidlich (es ist dies nur eine beiläufige Anmerkung) wird es sich empfehlen, Vertreter der bürgerlichen Fraktionen zu einer Besprechung außerhalb der Geschäftsordnung einzuladen, um die Grundlinien eines gemeinsamen Vorgehens zu vereinbaren. Würden die bürgerlichen Fraktionen einer solchen Einladung nicht folgen oder ihre Mitwirkung an unmöglichen Bedingungen knüpfen, so würde die Welt wenigstens erfahren, wer im Reichstag positive Arbeit zu leisten gewillt ist und wer diese Arbeit gewissenlos hintertreibt.

Der sozialdemokratischen Fraktion wird es ganz gewiß nicht darauf ankommen, einen bloßen „Agitationserfolg“ einzuernten. Daß sie die Reichs-arbeitslosenversicherung fordert und betreibt und daß ohne ihre Tatkraft das Zustandekommen eines entsprechenden Gesetzes undenkbar ist, das weiß man ohnehin; um das nachzuweisen, dazu bedarf es keiner langen Reden mehr. Jetzt wollen wir eine klare eindeutige Antwort der Regierung und der Parteien, wie sie sich zu dieser sozialdemokratischen Anregung stellen, und diese Antwort kann nicht durch Worte gegeben werden, sondern nur durch die Tat.

Die Sozialdemokratie bietet der Regierung und den Parteien Gelegenheit, im Interesse des Volkes nützliche Arbeit zu leisten. Verfünnen sie diese Gelegenheit, dann bleibt als Ergebnis freilich nur ein „sozialdemokratischer Agitationserfolg“. Wollt ihr den nicht — dann, bitte, schenkt nicht an die Arbeit!

## Zur Steuerfrage.

I.

Unser Sp.-Mitarbeiter übersendet uns folgende Ausführungen zur Steuerdebatte:

Genosse Bürm hat seine Leitfäden und die Resolution veröffentlicht, die er als erster Referent über die Steuerfrage dem Parteitage vorlegen will. Darin stellt er ein ausführliches Steuerprogramm auf, unterstreicht nochmals die Stellungnahme der Partei zum Budget und will auch die Richtlinien angeben, nach denen sich die Fraktion in ihrem Verhalten zu neuen Steuerentwürfen richten soll. Wir wollen diesen Fragen einige Betrachtungen widmen.

Was zunächst das Steuerprogramm der Sozialdemokratie anbetrifft, so tritt offenkundig ein Fortschritt gegenüber den Steuerreden Lassalles und den früheren Parteischriften und Parteitagbeschlüssen hervor. So wird beispielsweise die Grundsteuer nicht mehr als eine indirekte Steuer behandelt. Trotzdem kam uns die Art und Weise, wie hier die Steuerfragen beleuchtet werden, doch noch nicht ganz befriedigend. Es scheint mir, daß die Leitfäden nicht genügend theoretisch marxistisch begründet sind. Billeidlich erhalten wir diese Begründung im Referat selbst. Der Gesichtspunkt, von dem aus die Leitfäden geschrieben sind, scheint mir aber nicht klar genug zu sein.

Genosse Bürm mißt der Unterscheidung der Steuern in direkte und indirekte keinen großen Wert bei. Seine Begriffsbestimmung dieser Steuerarten ist aber etwas verschwommen, und es kann auch nicht genügen, wenn er lediglich meint, daß die Wirkung der Steuern in der kapitalistischen Gesellschaft von den Machtverhältnissen der verschiedenen Bevölkerungsschichten abhängt. Diese Ausführungen treffen meines Erachtens nicht den Kern der Steuerfragen. Wir alle verwerfen die „Werttheorie“, die den Wert der Waren durch das Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot bestimmen läßt. Auch in bezug auf die Wirkung der Steuern ist es keineswegs genügend, wenn man auf das Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot hinweist. Vielmehr hängt der Charakter der Steuern mit dem der Wirtschaftsepoche eng zusammen. Nicht von den zufälligen Konjunkturverhältnissen dürfen wir bei der Analyse der Steuerfragen ausgehen, sondern von der allgemeinen wirtschaftspolitischen Situation bestimmter Wirtschaftsepochen. Die Bedeutung der direkten wie der indirekten Steuern in der frühkapitalistischen Zeit war eine andere als zurzeit der Herrschaft des Industrietkapitals oder wie in der jetzigen spätkapitalistischen Epoche mit ihrer Kartellrente als besonderer eigenartiger Einkommensquelle der herrschenden Klassen. Es genügt also nicht, sich auf die allgemeinen Machtverhältnisse zu berufen, sondern diese Machtverhältnisse selbst müssen ökonomisch und politisch genauer untersucht und festgestellt werden, wenn man ein Steuerprogramm als Leitfaden für die praktische Tätigkeit der Partei aufstellt.

Genosse Bürm meint noch immer, daß der Mehrwert nur in Unternehmerprofit, Zins und Grundrente zerfällt. Die Rolle der Kartellrente übersehen er ganz, obgleich erst sie seine weiteren Ausführungen über die Bedeutung beispielsweise der Gewerbesteuer erläutern könnte. So meint er, daß die Aufhebung der Gewerbesteuer keinen Nutzen für die Konsumenten bringen könne. Das trifft aber nur in dem Fall zu, wenn das Gewerbe kartelliert ist. Andernfalls müßte die Aufhebung der Gewerbesteuer zur Verschärfung der Konkurrenz innerhalb des Gewerbes führen.

Die Einkommen- und Vermögenssteuer betrachtet Bürm ohne weiteres als direkte Steuern, die bloß den Mehrwert belasten. Dabei wird außer acht gelassen, daß auch diese Steuern unter Umständen den Lohn drücken können, und zwar nicht allein in dem Falle, wenn sie den Lohn unmittelbar belasten, sondern auch dann, wenn das Lohnneinkommen angeblich steuerfrei bleibt. Wenn diese Steuern die Kapitalakkumulation bedeutend erschweren, drücken sie auf Umwegen auch den Lohn, indem sie den wirtschaftlichen Fortschritt aufhalten.

Wir berühren hier ein Moment, das scheinbar vom Genossen Bürm aus dem Auge gelassen worden ist, nämlich den Einfluß der verschiedenen Steuerarten auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes, ein Moment, das für uns bei Beurteilung der Steuerfragen mindestens in gleichem Maße entscheidend ist, wie der unmittelbare Druck der Steuern auf den Arbeitslohn. Lassalle ging in seinen Steuerreden vom Standpunkte des

Veranlassungen im Monat September

Umsatz 21. Absatz: 24.000.000. ...

Spezial-Druckerei-Verlag